

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Dezember 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergütungsinferte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 143

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Im allgemeinen beiderseits Entgegenkommen! (7. Fortsetzung). — „Buchdrucker und Schriftleitung.“

Gewerkschaftsrevue: Eintreten der Reichsregierung für die Aufrechterhaltung tariflicher Verträge im Baugewerbe. — Aber den Stand der Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe. — Verlängerung der laufenden Tarifverträge in der Holzindustrie. — Ein Unternehmerprogramm für künftige Vertragsverhandlungen.

Korrespondenzen: Berlin. — Berlin. — Berlin (A.).

Landschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegs- und Feuerzulagen. — Schmalzmaschinenunterricht in der Leipziger Lehrlingsfachschule. — Versammlungsrecht der sächsischen Eisenbahner. Das freie Spiel der Kräfte und die Staatsgewalt. — Die Erhöhung der Ernährungskosten. — Albanische Wirtschaft.

Im allgemeinen beiderseits Entgegenkommen!

Blüten aus dem Berufsleben während des Krieges fordern erneut zur Kritik heraus. Es ist verständlich, daß in einer Zeit nie wiederkehrender Personalschwierigkeiten die Zumutungen von Arbeitgeberseite, wie sie unter normalen Umständen häufiger sind, mehr auffallen. Zu verwundern bleibt aber, daß unter solchen Verhältnissen es noch Firmen gibt, die da glauben, alles verlangen und alles bieten zu können.

In Nr. 122 haben wir im zweiten Artikel dieser Abhandlung, die der Prüfung wie der Förderung des gegenseitigen Entgegenkommens gewidmet ist, zwei Inserate der öffentlichen Beurteilung unterbreitet, die großer Ansehenswertigkeit der an Kriegsvorkretungen gestellten Anforderungen waren. Im ersten Morgenblatte der „Frankfurter Zeitung“ vom 3. Dezember wird nun in einer kleinen Notiz mitgeteilt, daß in einem (ungenannten) Fachblatte des Westens von einer Tageszeitung und Abzidenzdruckerei „ein erfahrener, militärfreier, lokal-kundiger Fachmann als Redakteur, technischer Leiter, Meßlehrer, Maschinenmeister, Seher, Buchhalter usw.“ für sofort gesucht wird. Die suchende Firma ist leider nicht angegeben, man kann ihrer „Bescheidenheit“ in den sonstigen geschäftlichen Verhältnissen also nicht nachgehen. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu dieser unglaublichen Leistung: „Ob dieses Unvermögen nicht nebenher auch noch die Funktionen des Druckereibesizers versehen könnte, wenn dieser, was doch höchst wahrscheinlich ist, demnächst eine Irrrenankst aufsuchen muß?“ Diese Ansicht bedingt mildernde Umstände für den Auftraggeber des Inserats; da er aber, wie schon erwähnt, zwei Vorgänger hat, so sind Zweifel berechtigt, ob in dergleichen Fällen wirklich eine derartige geistige Verfassung vorliegt. Eine andre Frage ist nämlich die: Sind bei diesen Firmen vor dem Kriegsausbrüche solche Unvermögenen tatsächlich beschäftigt gewesen? Wenn ja, dann ist von Ausbeutungspraktiken und Ausbeutungsobjekten zu sprechen, die auf das schärfste verurteilt werden müssen. Wenn nicht, dann bekennt sich in der Zusammenfassung aller geschäftlichen Funktionen und deren Übertragung auf eine Person eine geschäftliche Gerissenheit, die einfach sprachlos macht. Denn an Stelle der sechs- und mehrfachen Bezahlung für ebensoviel Posten würde einmalige Entlohnung treten, die ja wohl höher als sonst für eine Funktion, aber doch nichts anderes als höchst profitabile Lohnschinderei sein würde. Eine derartige Konjunkturausnutzung des gegenwärtigen Personalmangels wäre jedoch vollends beschämend für untreu gewerblichen Zustände, wenn sich jemand zur An-

nahme einer solchen Stellung bereitfinden würde. Daß sie niemand ausfüllen könnte, steht ja ohne weiteres fest, hat indes nur sekundäre Bedeutung bei Bewertung dieser überduffenden Kriegsblüte.

Zwei andre Vorkommnisse spielen im Arbeitsverhältnisse direkt. In Dortmund engagierte eine größere Druckerei von auswärts einen Gehilfen, bewilligte ihm einige Mark über Minimum, zahlte ihm aber nur dieses aus. Der betreffende Kollege bestand um so mehr auf Bezahlung des ausbedungenen Lohnes, da seine Leistungen dem entsprachen, was er gefordert hatte. Auf erhobene Vorstellung wurde ihm der fehlende Betrag zwar nachgezahlt, jedoch gleichzeitig die Kündigung ausgesprochen! Etwas länger liegt ein Fall aus Altenburg zurück. Dort mußte durch Schiedsgerichtsverhandlung für einen Gehilfen die Bezahlung nach der ihm zustehenden Minimumstaffel erzwungen werden. Drei Vierteljahre war der Kläger bei der in Betracht kommenden Firma beschäftigt, er konnte also nicht so unbrauchbar sein, wie es nach dem Verhalten des Geschäftsinhabers scheinen mochte. Die Firma fügte sich dem Urteil, kündigte aber darauf diesem Kollegen. Ein solcher Vorgang müßte schon in gewöhnlichen Zeiten, die ein Entgegenkommen beiderseits nicht so zur Voraussetzung machen, verurteilt werden. Wir leben jedoch schon seit Jahr und Tag unter ganz anormalen Verhältnissen. Der Gehilfenmangel ist keine leere Behauptung mehr. Wenn man nun weiß, wie in andern Gegenden viele Prinzipale die größten materiellen Anstrengungen notwendig haben, Gehilfen zu erhalten, dann müßen die Vorkommnisse in Dortmund und Altenburg an, als ob noch Überschub von Gehilfen vorhanden wäre. Diese Firmen werden jedoch über das Fehlen von Arbeitskräften nicht minder klagen. Was soll man aber von ihnen denken, wenn sie nicht einmal die vorgeschriebene oder vereinbarte Bezahlung gewähren, bei dieser Steuerung zumal? Kommen solche Unbegreiflichkeiten auch nur vereinzelt vor, als höchst bedauerliche Erscheinungen haben sie dennoch zu gelten.

Zur Frage der Urlaubsbewilligung für Kriegsteilnehmer hat das preussische Kriegsministerium dem Sanitätsrat auf eine Eingabe soeben einen recht befriedigenden Bescheid erteilt. Alle militärischen Dienststellen seien wiederholt darauf hingewiesen worden, Gesuche um Urlaub zur Beseitigung wirtschaftlicher Nothstände im kaufmännischen und gewerblichen Mittelstande wohlwollend zu prüfen und notwendig werdende Beurlaubung von Kriegsteilnehmern zu genehmigen, soweit die dienstlichen Interessen es zulassen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß der Nothstand des Buchdruckergewerbes, der durch die außerordentlich hohen Einberufungszahlen bei uns ganz offenkundig ist, insofern ebensolche Berücksichtigung finden würde, als in verschiedenen oder wohl gar in der Mehrzahl der Korpsbezirke den Anträgen auf Urlaub mehr als bisher Rechnung getragen wird. In einzelnen Gegenden können unsere Prinzipale über das Entgegenkommen der Militärbehörden höchst zufrieden sein; diese Befriedigung würde allgemein werden, wenn eine gleichmäßigere Behandlung dieser so wichtigen Angelegenheit Platz greifen möchte. Ein Vorgang in der Sitzung vom 29. November der Budgetkommission des badischen Landtags läßt uns dieses Ersuchen nur berechtigt erscheinen. Ein

Abgeordneter führte zwei Fälle an, wonach aus zwei kleineren Zeitungsbetrieben auch der letzte Mann einberufen wurde. Was er sonst noch in diesem Zusammenhang vorbrachte, entsprach zwar nicht unserer Auffassung von Folgerichtigkeit, die Antwort des Ministers konnte in diesem Punkt aber noch weniger befriedigen. Größeres Entgegenkommen auf der vorstehend genannten Basis wäre deshalb das einzig Richtige. Die Bedeutung der Presse während des Krieges, deren Faltung im allgemeinen doch so viel Anerkennung von den Regierungen und den militärischen Stellen gefunden hat, verleiht dem nicht nur hier ausgesprochenen Wunsche gewiß Nachdruck genug.

Enttäuschungen mit den weiblichen Rettungsgesellen erleben einige Druckereien, denen erst durch die Probe aufs Exempel zum Bewußtsein kommen mußte, daß beispielsweise zwischen der Tätigkeit einer Maschinenleserin und der Arbeit einer Fensterpüßerin doch ein großes Etwas liegt. Wir brauchen ja vor den Forum der einsichtsvollen großen Buchdruckergemeinde nicht abermals die bedeutsamen Unterschiede anzuzeigen, die sich zwischen der individuellsten Anforderung stehenden Beschäftigung einer maschinellen wie auch einer manuellen Typensetzerin und einer gröbere oder leichtere mechanische Teilarbeit verrichtenden weiblichen Person ergeben. Es ist auch nicht notwendig, auf die in Nr. 128 ausführlich an Hand des wertvollen Buches von Dr. Beyer über die Beschäftigung an den Sehmäschinen behandelten körperlichen Bedenken und gesundheitslichen Gefahren für das weibliche Geschlecht nochmals einzugehen. Der kleineren Schar der unbelehrbaren Prinzipale mag auf Grund der inzwischen vereinzelt gemachten praktischen Erfahrungen zur Kenntnis dienen, daß die angerückte weibliche Besatzung vor dem Gesurr und Geklapper der Sehmäschin, das zudem die notwendige angestrengteste Aufmerksamkeit auf das so vielseitige Getriebe des „eiserne Kollegen“ ganz empfindlich beeinträchtigt, gar bald wieder ausgerissen ist. Die Manuskriptschwierigkeiten haben zu längerem Verbleiben auch nicht einzuladen vermocht. Das schnelle Ende vom Liede ist also unaufhaltsam flucht gewesen. Inwieweit die benutzten Sehmäschinen zu Schaden gekommen sind, läßt sich weniger bestimmt sagen. Jedenfalls kann aber empfohlen werden, in den Fällen, wo von amtlichen Personen auf den Ausweg mit Maschinenleserinnen verwiesen wird, diesen nahezu legen, dann auch das finanzielle Risiko erleichtern zu helfen. Eine Sehmäschin ist rasch außer Betrieb gefest oder gar vollständig unbrauchbar gemacht. Aus diesem Grunde lehnte ja eine Sehmäschinfabrik bezeichnenderweise ab, Maschinen zu Ausbildungszwecken von Lehrlingen zur Verfügung zu stellen.

Ein andres Hindernis, das mehr eine heitere Seite hat, wurde uns kürzlich aus einem Schwarzwälder Blatte bekannt. Darin war eine zielliche Verlobungsanzeige zu lesen von einer Schriftsetzerin und einem Feldwebelleutnant. Goff Amor scheint also genügend Einsicht zu besitzen, daß eine hübsche Anna im Ehestande besser aufgehoben ist als bei der Schönheit und Gestalt verschwinden machenden Arbeit am Sehmäschin oder gar erst an der Sehmäschin. Auch das war vorauszu sehen, aber die prompte Beschäftigung dieser Vermutung ist ebenfalls erfreulich.

Ein heftiger Zusammenstoß wegen der Frauenarbeit hat in den letzten Wochen berechtigtes Aufsehen erregt. Die streifenden Parteien an sich, die verfochtenen Argumente im besonderen und die zu einer förmlichen Bedrohung der Arbeiterschaft gewordene gewerbliche und industrielle Verwendung weiblicher Personen geben diesem Konflikt in der Tat auch eine Bedeutung, wie man sie sonst einem Zeitungsgeplänkel nicht beimißt. Es lagen sich nämlich aus besagtem Grund in den Säaren das Zentralblatt der deutschen Arbeitgeberverbände und das Zentralorgan der selben Gewerkschaften. Eine Kampfeskonstellation also, wie sie der gesunde Menschenverstand nicht für möglich gehalten hätte, fernermaßen beide Teile sich sonst in wahrer Affenliebe produzierten. Aber der Krieg bringt alles aus dem Rahmen und stürzt alle Voraussetzungen um.

Für gewisse Leute ist es schon recht lange her, so lange, um ihr Vergessen damit entschuldigen zu können, daß die „Deutsche Arbeiterzeitung“ aus der Feder ihres Chefredakteurs Freiherrn v. Reisswitz die feierliche Erklärung brachte:

Unternehmer und Arbeiter reichen sich die Hände und tun, was an ihnen ist, um sich gegenseitig über die schweren Bedrängnisse hinwegzuhelfen, wie sie die unausbleiblichen Folgen sind des über Abend und Morgen auf uns herniedergegangenen kriegerischen Ungewitters. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben ihrer höchsten Ziel in der zweckmäßigen Verteilung von Arbeitsgelegenheit und Angebot usw.

Möge diese Einmütigkeit denn ein gutes Omen sein für die Zukunft!

Diese goldenen Worte waren, wie sich schon aus dem Zusammenhang ergibt, nach Ausbruch des Krieges in der gewiß nicht bedeutungslosen „Deutschen Arbeiterzeitung“ zu lesen. Auch der nicht so unbekannt Unternehmervereinsanwalt Dr. Tändler erging sich in ähnlichen hohen und heiligen Versicherungen. Die Tage solcher Schreibweise sind dahin, wenn auch das Verhältnis zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften sich erfreulicherweise nicht überall und nicht im gleichen Maße verschlechtert hat.

Am dem Zentralorgan der deutschen Arbeitgeberverbände liegt es wahrhaftig nicht, daß nicht die ausgesprochenste Reaktion wieder Krampf ist. Seiner Spalten böser Geist, der schon viele Jahre hindurch unter dem Namen Dr. Felix Kuh die schrecklichsten Gehirnfaserauswüchse offenbart, hat vor Wochen an der ihm zugewiesenen Stelle in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ wieder einmal ein neues Problem herausgesteckt. Mit einer Gewissensruhe, die einem sehr robusten englischen Gemüt alle Ehre machen könnte, vertritt Kuh — und das sogar „im Interesse der deutschen Volkswirtschaft!“ — den Standpunkt, die billige weibliche Arbeitskraft müsse auch nach dem Krieg in weitgehendstem Maße ausgenützt werden. Wenn Dr. Kuh's Salbadereien autoritative Kraft innewohnen würde, wäre das eine unverhüllte Kampfanlage an die Gewerkschaften. Gefährlich sind solche Auslassungen aber auch so genug, und geradezu blamabel macht sich ihre Gegenüberstellung mit den fähen Worten von August 1914 in demselben Unternehmervereinsanzeiger. Welch eine Wandlung noch während des Krieges Fröngung!

Eine geradezu pyramidale Behauptung von Kuh ist die, daß wenn die Frau für die gleiche Arbeit einen niedrigeren Lohn erhalte als der Mann, sie doch nicht zu gering bezahlt sei, vielmehr wäre es so, „daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann zu viel erhält!“ Diese „volkswirtschaftliche“ Glanzleistung hat den „Bund“, das sonst so unternehmerfreundliche Organ der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine, gewaltig in Harnisch gebracht und er legte also los:

Ein Betrieb, der nur dadurch aufrechterhalten werden kann, daß er übermäßig weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, weil sie erheblich billiger sind, der aus Wettbewerbsrücksichten Löhne zahlt, die zu einer angemessenen Lebenshaltung nicht ausreichen, ist auf die Dauer nicht lebensfähig und nicht lebensberechtigt.

Das ist wahr und deutlich gesprochen und verdient Anerkennung, auch wenn man beim Rate der Selben immer an den Unterschied zwischen Worten und Taten denken muß.

Die Antwort darauf in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zeugte von nicht geringer Befürzung ob solcher Unfähigkeit. Nach aller abgegriffener

Schablone wird der „Werkvereinskritiker“ „als ein guter Kenner und Schüler Bebel's“ bezeichnet und gesagt, „in gewisser Beziehung überkrumpft er sogar die rein sozialdemokratische Stellungnahme“. Für den „Bund“ mag es ja schmerzhaft sein, daß ihm mit dem gleichen Mittel gebient wird, welches er selbst recht gern anwendet, nämlich den Meinungsgegner gleich in den sozialdemokratischen Topf zu werfen. So rächt sich diese Methode geradezu klassisch an einem Teil ihrer Anhänger selbst! Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ will im übrigen die Sache anders gemeint haben, widerlegt sich dann aber selbst mit der Erklärung:

Wir haben ferner ausdrücklich betont, daß die Beschäftigung männlicher Arbeitskräfte nach dem Krieg an erster Stelle stehen wird. Wo freilich die Frauennarbeit genügt, wo sie ohne Schaden oder sogar zum Nutzen der Frauen selbst und der gesamten Volkswirtschaft verwandt werden kann, da sollen die Interessen der einzelnen wie der Gesamtheit durch keinerlei doktrinaire, gewerkschaftliche oder sozialistische Rücksichten beeinträchtigt werden. Jede Arbeit soll nach ihrem Werte bezahlt werden. Leichtere Arbeit also, die von Frauen geleistet werden kann, darf nur geringeren Lohn beanspruchen. Geradezu unwirtschaftlich wäre es, wollte man dort, wo die leichtere und billigere Arbeit genügt, kostspieligere Kräfte einsetzen.

Diese Einschränkung ist in Wirklichkeit nichts anderes als das Anerkenntnis, daß es doch anders kommen wird, wie nach dem Unternehmervereinsdiktator Kuh die „Neuorientierung“ der Beschäftigungsverhältnisse nach dem Krieg eigentlich vor sich gehen müßte. Es sind ganz unsoziale Absichten, die daraus sprechen.

Die Gewerkschaften werden sich die nötige Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterschaft erzwingen müssen, wenn es nur halbwegs nach dem Kopfe von Dr. Kuh verlußt werden sollte. Die Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung würden in Frage gestellt werden, käme die billigere weibliche Arbeitskraft nach dem Kriege nicht wieder gehörig zur Ausschaltung. Zur Abwendung dieser Gefahr würden die Gewerkschaften keinen Kampf scheuen! Es müßte gerade „im Interesse der deutschen Volkswirtschaft“ dazu geschrieben werden und in Rücksicht auf die Wiedergeburt der deutschen Volkswirtschaft, die durch den Krieg so unendlich leidet, nicht minder. Die Organisierung der weiblichen Arbeiter hat sich während des Krieges noch schwieriger gestaltet, als sie es ohnehin war. Es würde also in jedem Betracht eine große Schädigung der Arbeiterschaft bilden, wenn nicht alles wieder in die alten Geleise zu bringen wäre. Der ideale Kampf, der je geführt worden ist, würde in Schaffen gestellt und alle Riesenkämpfe in ihrem Umfang überboten werden durch die gegebenenfalls erforderliche Abwehr der Anschläge von Kuh und Genossen. Auch die Buchdrucker wären zur Stelle, wenn ein solches Gebot der Stunde einmal kommen sollte.

Aus der „Frankfurter Zeitung“ haben wir vor mehreren Wochen einen Hymnus auf die Frauenarbeit erwähnt, den ein Ingenieur anstimmte. Im gleichen Blatte veröffentlichte dann eine Frau aus den gebildeten Ständen ihre Eindrücke als Arbeiterin in einer Maschinenfabrik. Ein anderer Ingenieur trat beiden Einschendungen entgegen und erklärte auf Grund seiner Erfahrungen als Betriebsleiter, er glaube

mit allen denkenden Fabrikleitern einer Meinung zu sein, daß wir die Frauenarbeit eben nur als einen durch den Krieg bedingten Nothbehelf betrachten, weil die Leistungen bei anerkannt gutem Willen und Geschäftlichkeit der Hände doch fast nie die Volkswirtschaft der Leistung eines nur normalen Arbeiters erreichen. Es sprechen hierbei, wie bereits angebeutet, eben rein physische Gründe mit. Es tut einem leid, leben zu müssen, wie eine Frau bei der schweren körperlichen Arbeit sich aufraucht, und wie sie trotz gleichbleibendem Stillstande nur in den allerersten Fällen den normalen Arbeitslohn des Mannes erreicht. Die Frauenarbeit in den Fabriken immer mehr eingeschränkt zu haben, ist ein wertvolles Verdienst unserer sozialen Fürsorge, und im Interesse unserer Nachkommenschaft muß nach meiner Ansicht unbedingt daran festgehalten werden. Ganz absehen will ich dabei von der enormen Überlastung, die den jetzt schon kaum ausreichenden Kinderhorten und Heimen damit aufs neue erwächst.

Das möchten diejenigen Unternehmer unseres Gewerbes, die das Beispiel aus andern Industrien recht mechanisch auf sich wirken lassen, wohl beherzigen, denn die Erfahrungen bei uns würden aus genugsam erdörferen Gründen wohl schlechtere sein.

„Buchdrucker und Schriftleitung“

Vor einigen Monaten erschien im „Korr.“ unter dieser Überschrift ein Artikel des Kollegen Horn, der wohl bei vielen Kollegen Anerkennung gefunden hat, zeigte er uns doch einen neuen resp. einen alten Weg, welchen der Buchdrucker gehen kann, wenn er etwas über das Minimum hinauskommen will.

Vor kurzem gelangte ich in den Besitz der Zeitschrift des Deutschen Schriftsetzerverbandes usw., „Geistiges Eigentum“, in der ein Herr Hth. über diesen Artikel zu Gericht ist und mit Eifer jeden Redakteurchemel gegen die Buchdrucker verteidigt. Nachdem er sich damit einverstanden erklärt hat, daß die Buchdruckerredakteure nicht für 100 Mk. monatlich arbeiten wollen wie die Akademiker, geht er auf eine Einteilung der Redakteure in drei Klassen über. In die erste Klasse kommen die rein wissenschaftlichen Redakteure, dann folgen die nichtakademischen Redakteure, welche Journalisten aus einem bürgerlichen Berufe infolge ihrer speziellen Begabung übergetreten sind oder auch als Volontäre für den Beruf ausgebildet wurden. Die letzte Gruppe, der wir anugehören die Ehre haben, schätzt der Verfasser wie folgt ein: „Dann gibt es allerdings noch eine dritte Klasse von Schriftsetzern, die im Grunde weber Journalisten noch Redakteure von Beruf sind. Es sind dies die Buchdrucker und Schriftsetzer, welche im Nebenamt schlecht und recht (meistens aber nur schlecht) die Artikel ihrer Zeitung zusammenstellen und sich bei der Auswahl des Materials fast nur von dem Gedanklichen leiten lassen, alles möglichst kostenfrei zu beschaffen. Im übrigen schätzen sie den Verstand und die Kenntnisse ihrer Leser nach ihrem eignen Willen ein, das in der Regel nicht über die Volksschulbildung hinausragt. Unter der Schriftleitung versteht man aber nicht nur die Zusammenstellung der Artikel, sondern die geistige Leitung eines Blattes, und dazu gehört nun einmal eine gebildete Persönlichkeit, die aber kein Untervermögen zu sein braucht. Nicht bestritten soll werden, daß auch aus dem Berufe der Buchdrucker und Schriftsetzer schon ganz tüchtige Redakteure hervorgegangen sind, aber doch nur in demselben Maße wie aus andern Berufskreisen auch. Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum gerade der Buchdrucker das wahre Volksempfinden kennen soll. Was der kleine Mann mit Vorliebe liest, das wird z. B. der Buchhändler besser als der Buchdrucker wissen. Die Behauptung, der akademisch gebildete Redakteur kenne das wahre Volksempfinden nicht, ist nur eine Phrase. Jeder Redakteur wird schon durch seinen Beruf mit verschiedenen Volksschichten in Berührung kommen und, wenn er tüchtig und begabt ist, aus diesem Verkehr für seine Praxis vieles lernen. Endlich kommt es nicht allein darauf an, was der kleine Mann liest. Die Zeitung soll sich zwar dem allgemeinen Verständnis anpassen, aber nicht auf das geistige Niveau des kleinen Mannes hinabsinken, sondern diesen emporzuheben suchen. Wenn man eine Zeitung oder irgend eine Stelle der Kunst und Wissenschaft nur nach den Prinzipien leiten wollte, was dem kleinen Mann am besten zutrifft, so würde es um unsere Volksschulbildung sehr schlecht bestellt sein. Wenn ein Verleger seine Zeitung von einem intelligenten Gehilfen zusammenstellen läßt, so läßt sich dagegen nichts sagen, es genügt ihm jedenfalls. Aber als Schriftleitung kann man ein rein handwerksmäßiges Verfahren nicht bezeichnen. Auch ein kleines Blatt braucht einen durchaus gebildeten und erfahrenen Berufsjournalisten, wenn es sich in Ehren vor der Öffentlichkeit behaupten und sich zu einer angenehmen Stellung in der deutschen Presse emporarbeiten soll. Ich sollte meinen, daß die Buchdrucker bei der bedeutenden Entwicklung der Technik genug zu tun haben, sich in ihrem Fache zu vervollkommen. Sie können in dieser Hinsicht der Presse und dem Buchgewerbe bessere Dienste leisten als in der Rolle des Redakteurs.“

Gewiß die Epistel des Herrn Hth. Wäre, etwas mehr Verständnis hätte man von einer leitenden Persönlichkeit der Schriftsetzerverwelt erwarten dürfen. Der gute Mann scheint gar nicht zu wissen, daß es den meisten Zeitungsverlegern vergönnt ist, ihre Redaktion selbst zu erledigen, und daß diese zum Teil Buchdrucker gewesen sind. Die Behauptung, daß der Buchdruckerredakteur, ausgerechnet der Buchdruckerredakteur, sich stets von dem Gedanken leiten läßt, alles Redaktionsmaterial möglichst kostenfrei zu beschaffen, ist mir nicht klar. Außer man betrachtet sie nur von der beleidigenden Seite aus. Sollte es nicht das Bestreben eines jeden sein, wenn er etwas Gutes billig erlangen kann, diesen Vorteil seinem Geschäfte zugute kommen zu lassen? Solche Ansicht in jetziger Zeit kann bei den Herren Zeitungsverlegern ja die beste Reklame für uns sein!

Etwas eigenartig mußte mich der Vergleich zwischen Buchhändler und Redakteur an. Wie der erstere dazu mehr befähigt ist als der Buchdrucker, konnte ich bisher nicht entziffern. Wenn ein Buchhändler am Abendstische steht und seine Kundenschaft bedient, so mag er vielleicht den Geschmack dieses Publikums kennen, aber das große arbeitende Publikum, welches täglich seine Zeitung liest, und alle zwei oder drei Jahre einmal in eine Buchhandlung kommt, kennt er nie und nimmer kennen. Den Vorteil hat der Buchdrucker aber doch mehr, da er sowohl mit dem Arbeiter durch seine Organisation in Verbindung ist, gleichzeitig aber auch in andern Kreisen sich bewegen kann trotz seiner „nicht über die Volksschulbildung hinausragenden Erziehung“. Daß die richtige Ansicht des Kollegen Horn, der akademisch gebildete Redakteur kenne das wahre Volksempfinden nicht, eine Phrase sein soll, kann ich nicht einsehen. Es ist für jeden einzelnen schwieriger von oben nach unten zu blicken und zu beobachten, als von unten nach oben. In bessere Tagen kann man sich

stets besser einfinden als in schlechtere. Ja, wissen Sie auch, verehrter Herr Hth., wo der Buchdrucker oder Schriftsetzer seine beste Lehre durchgemacht hat? Bei den Korrekturen der Herren Redakteure oder Journalisten, welche nicht wissen, was sie schreiben wollten, und erst dann das Manuskript machen, wenn der Satz fertig ist und nun die Buchstabenkorrektur gelesen werden soll. Das ist für jeden Buchdrucker die beste Vorbildung zum Redakteur, welche mehr wert ist, als ein Jahr als Volontär zu arbeiten!

Dann aber, was wohl auch die Hauptsache ist, die den Buchdrucker zum Redakteur geeignet macht, das ist die technische Kenntnis des Buchdrucks selbst. Er wird nicht grobe Korrekturen machen, eventuell solche zu einrichten, daß sie schnell erledigt werden können. Dann spielt aber auch in kleinen Betrieben die Berechnung des Manuskripts und der Arbeitszeit eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Im übrigen, weshalb den Buchdruckereibesitzer aus der großen Masse herausziehen, um ihn herabzudrücken, wenn er sich emporarbeiten will, da er ja, wie Sie selbst anerkennen, höhere Löhne verlangt als andre! Es gibt doch eine ganze Menge Redakteure und Journalisten, die es auch einmal als Buchdruckereibesitzer versucht haben. Daß diese Herrlichkeit immer nicht lange gedauert hat, hat man schon oft erfahren. Also lassen Sie doch auch den Buchdruckern das Vergnügen, wenn sie sich als Redakteur versuchen wollen. Wenn der Herr Verfasser aber ängstlich bemerkt ist, seinen Stand so rein als möglich zu halten, so möge er erst an anderer Stelle beginnen, vor allen Dingen das elendige Volontariat ausmerzen. Wie lange hat denn eigentlich ein junger Mensch zu lernen, um Redakteur zu werden? Nach den neuesten Wünschen der Journalisten und Redakteure wohl drei Jahre, in Wirklichkeit wohl aber nur ein halbes bis zu einem Jahre. Was ein solcher junger Redakteur zu leisten imstande ist, hat man alle Tage Gelegenheit zu beobachten. Er wolle ja auch nur deshalb Redakteur werden, weil es eine kurze Lehrzeit war. Überall konnte er dabei sein, frei ins Theater gehen usw. Ja, das zieht schon manchen jungen Mann an und vermindert den Zutritt nicht zu den Volontärstellen.

Aber es ist auch noch ein andres, das die Redaktionen mehr beklammert als die Buchdrucker: das ist die holde Weiblichkeit. Junge Mädchen mit Schulwissen für Oberlehrer können schon als Redaktionsgehilfen mitarbeiten, ohne eine Lehrzeit durchgemacht zu haben. Daß diese Kräfte billiger arbeiten als die Buchdruckereidakteure, wissen Sie wohl selbst, Herr Hth. Das ist indes noch nicht alles, was heute als Redakteur arbeitet. So denke ich an die Lehrer, die Staats- und Gemeindebeamten, die, obgleich sie alle ihr festes und auskömmliches Gehalt erhalten, sich auch berufen fühlen, ihre Feder mit zu befeuchten.

Es ist also nicht der Buchdrucker, der den Redakteuren ins Handwerk pflückt; es sind ganz andre, solche, die es meist nicht nötig haben. Was aber in heutiger Zeit wohl mehr den Buchdruckern zu dieser Tätigkeit veranlaßt hat, das ist die augenblickliche Noz der Zeitungsverleger, deren ungünstige Geschäftslage es ihnen nicht erlaubt, sich einen Redakteur zu halten, und die nun aus ihrem technischen Personal jemand auswählen, der die Redaktion nebenher nicht erledigt. Daß dieses heute bei dem überaus reichhaltigen Korrespondenzmaterial nicht so schwierig ist, habe ich selbst erfahren, da ich auch durch eigenartige Umstände an einen solchen Platz gestellt wurde und ihn heute noch ausfülle. Deshalb fühle ich mich aber noch nicht als Redakteur, sondern werde nach Einkehr geordneter Verhältnisse wieder an meinen alten Platz zurückkehren und das, was ich in vierzehnhundert Jahren gelernt habe, weiter betreiben.

Magdeburg.

F. Z.

sekretär des Innern auf das Zustandekommen von Tarifverhandlungen im Malergewerbe hingewirkt, wo der Reichstarifvertrag bereits am 15. Februar 1916 abläuft.

Am 8. November hat in Nürnberg die paritätisch besetzte Reichstarifkommission für das Schneidergewerbe gesagt, um die Vorarbeiten für den Reichstarifvertrag zu erledigen, der am 1. März 1917 in Kraft treten soll. Es handelte sich um die Festlegung von Minimalarbeitszeiten für die tariflichen Extrarbeiten, nach denen dann die Löhne zu berechnen wären. Von beiden Seiten waren bestimmte Stundenlöhne für jede einzelne Position berechnet worden. Die Arbeitgeber hatten außerdem noch vorgeschlagen, daß auf Grund der Berechnung nach einem prozentualen Höchstsatz solche Extrarbeiten, die bisher nach ihrer Meinung übermäßig hoch waren, eine Herabsetzung erfahren sollten. Die Differenz zwischen den beiderseitigen Vorschlägen war indes derartig erheblich, daß es nicht möglich war, auf dieser Grundlage eine Einigkeit zu erzielen. Nachdem im Laufe der Beratungen die Arbeitgeber die Grundlage ihrer Berechnung fallen gelassen hatten, erklärten die Arbeiter, daß nunmehr eine neue Verhandlungsbasis geschaffen sei; sie müßten zu der veränderten Situation erst unter sich Stellung nehmen und schlugen deshalb vor, die Verhandlungen über diesen Punkt auszusetzen und auf eine spätere Zeit zu verschieben. Diesem Antrag wurde stattgegeben. Im unmittelbaren Anschluß an die Verhandlungen über den Reichstarif trafen die Hauptvorstände der Arbeitgeber- und der Gehilfenverbände unter dem Vorstehe dreier Unparteiischer: der Herren Magistratsrat v. Schulz (Berlin), Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner (München) und Magistratsyndikus Dr. Hiller (Frankfurt a. M.), zusammen, um die Löhne für die neuen Friedensformen festzusetzen. Aber die Arbeitslöhne für Waffenrock und Mantel wurde eine Verständigung schnell erzielt. Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen über den Lohn für den kleinen Rock und die neue Bluse, über deren Herabsetzung keine genügenden Erfahrungen vorliegen. Ein Einigungsantrag der Unparteiischen wurde von den Arbeitern abgelehnt. Nach nochmaliger Beratung unter sich änderten die Unparteiischen ihren Einigungsantrag etwas ab und veränderten den neuen Vorschlag als Schiedsspruch. Nach den zwischen den Verbänden getroffenen Vereinbarungen haben nunmehr die Ortsvereine selbst sich darüber schlüssig zu machen, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder ablehnen wollen.

Während im Schneidergewerbe noch nicht alle Positionen des 1917 in Kraft tretenden neuen Tarifvertrags unter Dach und Fach gebracht werden konnten, wurden die Tarifverträge im Holzgewerbe entsprechend den Beschlüssen der beiderseitigen Parteien bis zum 15. Februar 1917 verlängert. Obwohl noch mit der Möglichkeit umfangreicher Tarifverhandlungen im Holzgewerbe für absehbarer Zeit kaum zu rechnen sein dürfte, weist die „Holzarbeiterzeitung“ die Verhandlungsmittler doch auf die Notwendigkeit hin, die Zeit bis zur Wiedereröffnung der Verhandlungen sehr gründlich auszunützen für Beschäftigung mit Vertragsfragen. Sie sagt darüber u. a.: „In den Kreisen unserer Verbandsmittglieder darf das Interesse für den Tarifvertrag und seinen Inhalt, für die Entwicklung des Vertragswesens und dessen weitere Ausgestaltung zu keiner Zeit erlahmen. Es kommen hierbei eine ganze Reihe verschiedenartiger Gesichtspunkte in Betracht. Sehr gründlicher sei mit diesem Gegenstande zusammenhängenden Probleme von den Kollegen diskutiert werden, um so besser werden wir für die kommenden Verhandlungen gerüstet sein, und mit um so größerem Verständnis werden die Verbandsmittglieder zur gegebenen Zeit den Verhandlungen folgen können.“ Dieser Mahnung verleiht die Nr. 47 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ erfolgte Aufrüstung eines Unternehmerrprogramms für künftige Vertragsverhandlungen eine besondere Berechtigung. Das neue Programm zielt offensichtlich darauf ab, die Verträge im Baugewerbe und in den Nebengewerben, zu denen u. a. die Holzindustrie und das Malergewerbe gehören, nach einheitlichen Gesichtspunkten zu behandeln und in gewisser Beziehung eine Übereinstimmung herbeizuführen zu dem ausgesprochenen Zweck, den Kampf der Arbeiterschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erschweren.

In dem Artikel der „Arbeitgeberzeitung“ wird zunächst darauf verwiesen, daß am Ablaufstermin des Tarifvertrags für das engere Baugewerbe auch die Verträge für das deutsche Stuch- und Spigergewerbe, das Dachdecker- und das Klempnergewerbe endigen, während der Tarifvertrag im Stein- und Straßenbaugewerbe schon am 31. Dezember 1915 und derjenige für das Malergewerbe im Februar nächsten Jahres ablaufen. Mit einem neuen und einem frohen Auge wird hinsichtlich des Holzgewerbes konstatiert, daß sich dort bei den bisherigen gruppenweisen Ablaufsterminen der drückenden Krise erst auf den 15. Februar 1919 ein gemeinsamer Ablaufstermin erreichen ließ. Es war dies sozugenommen der erste Schritt durch das neue Programm der Arbeitgeberverbände, zu dessen reiflicher Durchführung im Juni 1912 der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände extra gegründet worden war. Der durch diesen Bund zu organisierende Abwehrkampf sollte ebensowohl die zur Zeit noch schwachen Arbeitgeberorganisationen in einzelnen Baubereichen als auch den starken Arbeitgeberverbänden „einen wesentlichen Schutz gegen übermäßige Forderungen der Arbeiter hinsichtlich der Lohnerhöhung; der Arbeitszeitverkürzung und aller sonstigen tariflichen Streitfragen“ bieten. Bei den Tarifverhandlungen 1916 sollte der neue Reichsbund die Probe aufs Exempel bestehen.

Es liegt auf der Hand, daß durch die Einmischung des schamlosen Reichsbundes die friedliche Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe außerordentlich erschwert werden würde. Darüber läßt der Inhalt des Artikels in der „Arbeitgeberzeitung“ keinen

Zweifel aufkommen. Aber die Lohnfrage heißt es darin u. a., es dürfe nicht verberblicher, kurzfristiger Egoismus, sondern erhaltende Solidarität, jener Geist vom August 1914 sollte die Richtschnur bei der Bemessung der Forderungen der Arbeiter sein. Nicht Illusionen, sondern die nüchternere Verstand und die wirklichen Tatsachen sollten hier sprechen. Daß hinter solchen Worten nicht viel Bewilligungsfreudigkeit steckt, das erkennt jeder Arbeiter auf den ersten Blick. Was es aber mit der Erhaltung „jenes Geistes vom August 1914“ auf sich hat, das kommt dem Fernersehenden erst zum vollen Bewußtsein, wenn er sich vergegenwärtigt, welcher harten Kämpfe es gerade im Baugewerbe bedurf hat, um den Arbeitern das zum Leben Notwendigste zu gewährleisten. Wie strikte abweisend sich die Allgemeinheit der Arbeitgeber im Baugewerbe bei der Gewährung von Lohnerhöhungen verhalten hat, das geht aus dem „Grundstein“ hervor. Wie ungeheuerlich sich dabei selbst solche Unternehmer im Baubereich verhielten, die durch den Krieg noch ein besonderes Geschick machten, zeigte z. B. ein Vorgang in Mainz. Dort wurden auf Befehl des Oberbürgermeisters die Verträge der Baunfernehmer einer Revision unterzogen, um sie materiell mit den Zeitläufen in Einklang zu bringen. Die Bauherren aber lehnten die auf Bewilligung eines Lohnerhöhungsantrages gerichteten Wünsche ihrer Arbeiter ab und kehrten die Zulage der städtischen Behörden in die eigene Tasche. In dieser Haltung hat sich offenbar, daß es dem Reichsbund gar nicht einfiel, den Arbeitern selbst in einer Zeit höchster Bedrängnis irgendwelche Zugeständnisse zu machen, die sie nicht durch die Macht ihrer Organisation erzwingen können. Von diesem Grundlage wird der Bund auch weiterhin nicht abgehen. Darauf deutet die ganze Tendenz des Artikels in der „Arbeitgeberzeitung“ hin. Jede Arbeitszeitverkürzung gilt von vornherein als gänzlich ausgeschlossen, ebenso eine Neuregung des Arbeitsnachwelses zugunsten des paritätischen oder des staatlichen Nachwelses. „Die Arbeitgeber werden mit Recht und gutem Grunde die bestehenden Arbeitsnachwelse als ihrer jeglichen wie zukünftigen Ausgabe durchaus gewachsen ansprechen und den gemäß nicht ganz ungenügenden Vorschlägen der Gewerkschaften auf diesem Gebiete nicht folgen.“ Damit Punktum! Dagegen wollen sich die Arbeitgeberverbände vorbehalten, „alle berechtigten Forderungen“, wie die Vereinfachung der Tarifverträge, Leistungsstarke, die Bestimmung über die Schadenersatzpflicht der Tarifkontrahenten, die durch Hinterlegung von Kautionen zu gewährleisten ist, ferner den Schutz der Anders- und Nichtorganisierten und der Arbeitswilligen, Agitation auf der Arbeitsebene, Verhalten bei der Arbeit und dergleichen mehr, geltend machen und „im Interesse und zur Sicherung der ganzen Tarifklasse“ zur Annahme bringen! Man merkt hieraus, daß die Arbeitgeberverbände von „jenem Geiste vom August 1914“ bis zum Platzen voll sind.

Ihr ganzes Bestreben läuft darauf hinaus, „ihre Lebensinteressen vor dem Unparteilichsein und dem Kompromißlossein der Gewerkschaften zu wahren“, und bittere Verhandlungen werden angekündigt, wenn nicht die Tarife auf ein Jahr unverändert verlängert werden. Das ist des Pudels Kern. In der falschen Annahme, daß der Beschluß der Holzarbeiter, von einer Vertragskündigung abzusehen, auf eine von der Generalkommission ausgegebene Parole zurückzuführen ist, wird von den Arbeitgeberverbänden stark mit der Wahrscheinlichkeit einer Annahme ihres „selbstlosen“ Vorschlages gerechnet. „Diese Lösung der Frage“, heißt es in dem mehrfach angezogenen Artikel, „liegt schon deshalb nahe, weil sehr keine Zeit zu inneren wirtschaftlichen Kämpfen ist, und weil die Gewerkschaften durch den Krieg so außerordentlich an Mitgliedern und Vermögen geschwächt sind, daß sie bei der jetzigen Konjunktur im Baugewerbe bei Kampfmaßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben. Vielmehr können sie es als Erfolg buchen, wenn es ihnen gelingt, die Löhne trotz des Notstandes im Baugewerbe auf der bisherigen tariflichen Höhe zu erhalten, obwohl in dieser Zeit den Arbeitgebern nichts leichter wäre, als die Löhne wesentlich herabzumindern.“

Eine solche Sprache paßt allerdings zu dem aus dem Geiste vom August 1914 geborenen „Burgfrieden“, wie die Faust aufs Auge. Kleingeist und Egoismus und eine empörende Rücksichtslosigkeit gegen das Allgemeinwohl kommt darin zum Ausdruck. Und das zu einer Zeit, in der Hunderttausende im Felde stehender Bauarbeiter Gut und Blut opfern, und wo ein schändlicher Lebensmittelwucher den zurückgebliebenen Arbeitern die Lebenshaltung unerschwinglich verteuert! Das mußte ein Echo auslösen. Die schon anfangs erwähnte ungewöhnliche Kundgebung der Reichsregierung, ihr Eintreten für die Aufrechterhaltung des Tarifvertrags im Baugewerbe, gewinnt unter den geschichtlichen Umständen besondere Bedeutung. Zwischen dem aufsehenerregenden Artikel in der „Arbeitgeberzeitung“ und dem entschlossenen Zugreifen der Reichsregierung besteht zweifellos ein innerer Zusammenhang. Der Bundesvorstand beizte sich denn auch, in seiner Antwort an den Staatssekretär des Innern die Bereitwilligkeit zu erklären, mit den Vertretern der Arbeiterverbände über die Fortsetzung der Tarifgemeinschaft zu beraten. Sichtlich wird dabei unter dem Druck der öffentlichen Meinung durch das sehr ausgeklügelte Programm des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände der zweite dicke Strich gemacht.

Nächst den Machthabern in der Schwerindustrie sind es besonders die Bauherren, die die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aufs Innigste zwingen möchten. Beiden fällt es außerordentlich schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß sich beim Abschluß von Tarifverträgen Unternehmer und Arbeiter als völlig gleichberechtigte Vertragskontrahenten gegenübersehen. Das Fehlen jedweden gesetzlichen Schutzes der Tarifverträge und

die Tatsache, daß Licht und Schatten bei Auseinander-
setzungen auf wirtschaftlichem Gebiete zum Nachteile der
Arbeiter bisher sehr ungleichmäßig verteilt waren, er-
leichter den Gegnern der Arbeiterbewegung die Ver-
folgung ihrer Ziele wesentlich. Das Eintreten der Re-
gierung für die Aufrechterhaltung der Tarifverträge im
Baugewerbe aus volkswirtschaftlichen Gründen kann als
ein verheißungsvoller Umschwung gedeutet werden.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Generalversammlung am 2. Dezember.)
Einsleitend gab Kollege Massini den Situationsbericht,
in dem er ausführte: Schon 16 Monate laßt der Welt-
krieg, und noch ist kein Ende abzusehen. Das zweitel-
mal muß der Verein davon Abstand nehmen, sein Stif-
tungssekt in entsprechender Weise zu begeben. Gerade
heute, am 2. Dezember, sind 53 Jahre seit der Gründung
unseres Vereins verfloßen. 53 Jahre hat der Verein allen
Stürmen Trost geboten, drei schwere Kriege hat er in
dieser Zeit vorübergehen lassen. Er wird auch diesen
Weltkrieg überdauern und bleiben, was er immer war:
ein Schirm und Stütz für die Berliner Kollegenchaft.
Von den 12300 Mitgliedern, die wir vor Ausbruch des
Krieges zählten, sind bis zum 20. November 7405, das
sind über 60 Proz., zum Seeresdienst eingezogen. 443 brave
Kollegen sind bereits im Kampfe gefallen. (Werden Men-
schen wurde in der üblichen Weise geehrt.) Aber noch
viel größer wird die Zahl derjenigen sein, die an ihrer
Gesundheit dauernden Schaden erlitten haben. Diese wieder
dem Berufsleben zuzuführen, wird eine der wichtigsten,
aber auch der schwierigsten Aufgaben der Zukunft sein.
Vorläufig ist ja erst ein kleiner Teil dieser Kriegsbeschä-
digten zurückgekehrt. 44 Kollegen sind bis jetzt in Berlin
untergebracht, und was das erfreulichste ist, alle zu tarif-
mäßigen, teilweise auch zu ihren früheren höheren Löhnen.
Rühmend ist das hervorzuheben. Das ist Balsam auf die
Wunden der Kollegen, die draußen Leben und Gesundheit
in die Schanze geschlagen! Schwerig gestaltet sich die
Fürsorge für die Kriegsverletzten jedoch dadurch, daß alle
möglichen Kommissionen sich damit beschäftigen, meistens
mit sehr gutem Willen als Sachkennern. Am schnellsten
und sichersten helfen den Kriegsverletzten die sogenannten
Arbeitsgemeinschaften, bei uns das Tarifamt. Hier ist am
ersten die Möglichkeit gegeben, den Verletzten dem Berufe,
welchen er erlernt hat, wieder zuzuführen. Die gewerbliche
Lage in Berlin zeigt stoffe Beschäftigung. 5950 Mitglieder
sind zur Zeit beschäftigt. Davon sind im letzten Quartal
über 300 Kollegen von außerhalb — meist durch Inerat —
nach Berlin gekommen. Trotzdem besteht noch immer ein
Mangel an Arbeitskräften, unter dem am meisten die
kleineren Prinzipale zu leiden haben. Da auch die Ge-
sellschaft an der Aufrechterhaltung der Bestrebe inter-
essiert ist, hat diese in außerordentlicher Weise durch Lei-
stung von Überarbeit entgegenkommen bewiesen. Doch
darf auch hier nichts Übermenschliches verlangt werden,
wie es in einzelnen Druckereien vorgekommen ist. Es
gibt immer noch in Berlin auch größere Betriebe mit
Notationsmaschinen, die für solche ausnahmeweise stark
beschäftigten Firmen Arbeiten übernehmen könnten und
würden. Hier müßte ein Ausgleich geschaffen werden;
nicht dadurch, daß die Kollegen über ihre Kraft Über-
arbeit leisten und dann — wie schon passier — nicht
weiser können und unsre Krankenerntföhung bekäfen.
Auch in anderer Beziehung ist den Prinzipalen weitest-
Entgegenkommen in dieser schweren Zeit gezeigt worden.
Doch ist unter allen Umständen zu beachten, daß alle Aus-
nahmen nur mit vorübergehender Zustimmung des Gewer-
standes zulässig sind. Nun sollte man meinen, daß der
jetzige stoffe Geschäftsgang bei der Steigerung aller Be-
darfsartikel im Buchdruckgewerbe die Schmutzkonzurrenz
befestige. Heute — wo jeder Schuster seine Presse mit
keinen Unkosten in Einklang bringt — wäre es ein leichtes,
den Druckpreisetarif zur Durchführung zu bringen. Aber
wird gefehlt. Statt des notwendigen Zusammenflusses
sehen wir bei den Prinzipalen allenthalben die Tendenz
zur Zerstückelung — gerade wegen des Druckpreisetarifs.
Jeder macht, was er will. Die Prinzipalsorganisation
kann oder will nichts dagegen tun. Und die Kosten des
gewerblich bedingenden Verhaltens eines Teils der Prin-
zipale sollen dann beim nächsten Tarifabschlusse die Gehilfen
tragen. Die Lage der Gehilfenchaft ist zur Zeit auch keine
roße. Viele Versuche, einen den gesteigerten Lebens-
mittelpreisen gerecht werdenden Lohnausgleich zu erhalten,
prallen ab an den eben geschilderten Verhältnissen. Wo
blieb der Dank in harter Münze für das verlangte und
geleistete Entgegenkommen der Gehilfen? Gerade große
Betriebe, die am ersten dazu in der Lage wären, zeigten
oft das wenigste soziale Verständnis. Mancher Kollege
mußte erst zur Kündigung greifen, wenn er in etwas
seiner Lage ausgleichen wollte. Einige Firmen gewährten
eine einmalige Teuerungszulage, manche eine monatliche
oder wöchentliche, aber meist in so bescheidenen Grenzen,
daß ein Ausgleich für die Verteuerung der notwendigen
Lebensbedürfnisse dadurch nicht erreicht wurde. Freilich
gibt es auch hier rühmliche Ausnahmen; aber nur wenige.
Nur die große Überarbeit brachte eine Steigerung des Lohn-
niveaus, so daß zur Zeit von den 5950 Steuernden Mit-
gliedern 4250 einen Beitrag von 2,80 Mk. zahlen, also
ein Einkommen von 40 Mk. und mehr erzielen. Die
Einnahmen des Ganes befragen im September und Ok-
tober 88656,40 Mk., die Ausgaben 71639,53 Mk., so
daß ein Überschub von 17016,87 Mk. erzielt wurde. Für
die Unterstützung der Familien unserer eingezogenen Mit-
glieder wurden bis Ende Oktober 163375 Mk. ausgegeben.

Die monatliche Ausgabe hierfür beträgt jetzt 18200 Mk.,
steigt aber noch ständig. Die Wahlen zum Vorstande, zur
Verwaltung und zu den verschiedenen Kommissionen er-
gaben einstimmige Wiederwahl durch Zuruf. Wo not-
wendig, wurden für die Eingezogenen Vertreter bis zu
deren Rückkehr aus dem Feld ernannt. Die Remune-
rationen für die Schriftführer und den Vorsitzenden des
Schiedsgerichts wurden in der üblichen Höhe bewilligt.
Die Besprechung über die weitere Abhaltung von Begrä-
nisversammlungen während der Kriegszeit ergab Einver-
ständnis darin, daß diese Versammlungen in Zukunft nach
Bedarf abgehalten werden, und daß bei der reduzierten
Mitgliederzahl unter Berücksichtigung der Einzelwünsche
mehrere Bezirke zu einer Versammlung vereinigt werden.
Die Familienunterstützung wurde für ein weiteres Quartal
bewilligt. Den Berufsangestellten wurde eine Teuerungszu-
lage gewährt. Allgemeine Empörung kam bei der Be-
sprechung der neuesten Unfallversicherungsverordnungen der Be-
rufsgenossenschaft zum Ausdruck, nach denen das Rauchen,
Schwupfen und Priemen mit einer Strafe von 6 Mk. be-
droht wird. Einen durch Priemen oder Schwupfen hervor-
gerufenen Betriebsunfall nachzuweisen, dürfte der Berufs-
genossenschaft wohl schwer fallen. Wenn man glaube, der
Bleikrankheit damit entgegenzutreten, sei doch darauf hin-
zuweisen, daß die Berufsgenossenschaft bei dieser Krankheit
jede Entschädigungspflicht ablehne. Die ganze Bestimmung
laufe auf eine Schikane kleinlicher Art hinaus, die den
rückständigsten Polizeigeist atmet. Die Berufsgenossen-
schaft habe hiermit ihre Befugnisse bei weitem überschritten.
Die Versammlung beauftragte den Vorsitzenden, die nächste
Gewerkschaftskonferenz und die Generalversammlung zu ver-
anlassen, Vorkehrungen zu treffen, die für die Zukunft
derartige ungeschickliche Maßnahmen der Berufsgenossen-
schaft zu verhindern geeignet sind. Mit den herzlichsten
Weihnachts- und Friedenswünschen des Vorsitzenden fand
die Versammlung ihren Abschluß.

Berlin. (Korrekturen) Zu Beginn der Ver-
sammlung am 5. Dezember widmete der Vorsitzende dem
in Feindesland gefallenen Kollegen Robert Schadebach
einen warmen Nachruf, das vielseitige Wirken des Ver-
blichenen im Dienste der Korrekturenbestrebungen dankbar
anerkennd. Leider ist als fünftes Opfer aus unserm
Reihen der Kollege Grit Mehrens gefallen. Die Ver-
sammlung ehrte das Andenken der beiden braven Kol-
legen in üblicher Weise. Aus einem Nachrufe, den die
Schriftleitung des „Berliner Börsen-Couriers“ unserm ge-
fallenen Kollegen Gustav Simon widmete, geht hervor, daß
Simon am 21. Oktober als Sanitätsfeldarzt beim Ein-
sameln von Verwundeten heimlich von einem serbischen
Soldaten erschossen wurde, dem er sich hilfebringend
genähert hatte. Eine große Reihe von Zuschritten unserer
feldgrauen Mitglieder lobt den Beschluß der vorigen Ver-
sammlung auf Überweisung des Deutschen Buchdrucker-
kalenders an die im Felde stehenden Kollegen. „Eine
größere Freude hätte ich mir gar nicht machen können“,
heißt es immer wieder. Nach Erledigung der Vereins-
angelegenheiten nahm unser „Gauvorfeser“ Massini das
Wort und verbreitete sich in einem einstündigen Vortrag
über die Lage im Verbands während des Kriegs und wie
sie sich voraussichtlich nach dem Kriege gestalten dürfte,
dabei die besonderen Verhältnisse im Korrekturenberufe
hervorhebend. Der starke Beifall, der dem Redner an
Schlusse seiner Ausführungen spendet wurde, und die
darauf einsetzende lebhafteste Aussprache bewiesen die rege
Teilnahme der Kollegen an den behandelten Fragen.
Drei Neuaufnahmen erfolgten, eine Neumeldung lag vor.
Die nächste Versammlung (Jahreshauptversammlung) findet
am 9. Januar 1916 statt.

Berlin. Am 14. Dezember begehrt Kollege Gustav
Winkler, Berlin, Breite Straße 8/9, früher langjähriger
Masseur der „Börsen Zeitung“, seinen 80. Geburtstag
in seltener geistiger wie körperlicher Frische. Es war ihm
vergönnt, sein 50. wie auch 60jähriges Berufs Jubiläum bei
voller Tätigkeit feiern zu können. Außer den verschiedenen
Funktionen im Berliner Verein in seinen jüngeren Jahren,
verließ er noch jetzt seit 23 Jahren das Schriftführeramt
im Kuratorium der „Gutenberg-Stiftung 1840“ für invalide
Buchdrucker.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde
stehenden Mitgliedern unserer Organisation haben das Eisene
Kreuz erhalten: S. Kronsberg und S. Kleinbeckel
(Bielefeld), Hausmann, Jonas, Kinkel und Sieberß
(Bonn), Wihl, Frömke (Burg), Soffe, Stöppler (Ahl),
Karl Behold und Gustav Stahn (Leipzig) sowie Paul
Buschendorf (Witten-Lube). Damit haben bis jetzt
1086 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung er-
halten. — Der jüngste Erbsprohling der schwarzen Kunst im
Felde ist die Kriegszeitung der 8. Landwehrdivision, die
unter dem Titel „Meldereifer im Sundaug“ seit dem
21. November wöchentlich erscheint. Die Druckereieinrich-
tung ist in einem der südlichsten Städtchen des Sundgaues
(Oberelst) untergebracht und setzt sich aus glücklich ge-
rechten Resten eines Kunsttempels in einem durch Be-
schlebung ziemlich mitgenommener Bogenorte zusammen.
Das Unternehmen kann nach Inhalt wie Aussehen der
Zeitung als ein wohlgelegenes bezeichnet werden. Als
feldgraue Jünger Gutenbergs wirken dabei die Kollegen
Schäffer (Radolfzell) und Lautermilch (Karlsruhe) sowie
der Buchdruckereibesitzer Ziegler (Medarbilchheim) mit
und sorgen für Satz und Druck in tadelloser Weise.

Kriegs- und Teuerungszulagen. In Bielefeld be-
willigten die Buchdruckereien Bertselmann, Anstalt Bessel,

Sejorsky & Koch und Gebr. Kather den verheirateten
Gehilfen eine wöchentliche Zulage von 4 Mk. und den
ledigen eine solche von je 2 Mk.; außerdem gewähren die
drei erlgennannten Firmen den Lehrlingen je 1 Mk. und
die letzte 2 Mk. wöchentlich. — In Mainz gewährte die
Buchdruckerei Karl Ehner den im Kriegsdienste stehenden
Geschäftszugehörigen einen einmaligen Zuschuß von 10 Mk.
und für jedes Kind 2 Mk. und die Buchdruckerei Oskar
Schneider gewährte ihrem Personale, rückwirkend für
Oktober und November, eine fortlaufende Teuerungszulage
von 2 Mk. wöchentlich.

**Schulmaschinenunterricht in der Leipziger Wehrlings-
fachschule.** Die Wehrlingsfachschule des Vereins Leipziger
Buchdruckereibesitzer hat dieser Tage ihren Werkstattunter-
richt durch Einführung einer praktischen Unterweisung
geeigneter Wehrlinge an der Schulmaschine erweitert. Die Er-
öffnung dieser, unter Aufwendung erheblicher Mittel und
mit Unterstützung der Schulmaschinenfabrik Typograph in Berlin
gegründeten Abteilung hat am 4. Dezember durch den Direktor
der Buchdruckereischule S. Friedemann und in Anwesenheit
eines Vertreters des Schulsaalusses sowie der Fach-
lehrer und Wehrlinge stattgefunden. Vorläufig sind drei
Parallelkurse eingerichtet, deren jeder auf die Dauer eines
Dreierjahres berechnet ist. Die Buchdruckereischule in
Leipzig ist die erste deutsche Fachschule, die den Schul-
maschinenunterricht an Wehrlinge erteilt. Die Anmeldungen
zu den Kursen sind so zahlreich, daß vorläufig nur die ge-
eignetsten Bewerber berücksichtigt werden konnten.

Verammlungsrecht der sächsischen Eisenbahner. In
Nr. 131 berichteten wir, daß eine vom Transportarbeiter-
verband in Leipzig einberufene Eisenbahnerversammlung
dadurch vereitelt wurde, daß der Baumann von dem
Besuche der Versammlung unter Hinweis auf die früher
von der Eisenbahnverwaltung erlassenen Verfügungen über
die Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen warnte.
Gegen diese Maßnahme des Baumannes führte der
Bevollmächtigte des Transportarbeiterverbandes Beschwerde
bei der Eisenbahndirektion und stellte insbesondere die
Fragen, ob die Generaldirektion eine Anordnung zum
Versammlungsverbot erlassen habe, und ob sie das Vor-
gehen des Baumannes billige. Daraufhin wurde dem
Beschwerdeführer nun eröffnet, daß die Generaldirektion
das Versammlungsverbot nicht angeordnet habe, und daß
sie auch die Maßnahme des Baumannes nicht in allen
Seiten billige, die übrigens kein Versammlungsverbot sein
sollte, sondern nur ein Hinweis auf die von den Eisen-
bahnern bei ihrer Einstellung eingegangenen Verpflichtun-
gen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß den
Eisenbahnern aus dem Besuche einer vom Verband ein-
berufenen Versammlung kein Nachteil erwachsen solle.
Klagen der Eisenbahner, die durch den Verband schriftlich
der Verwaltung unterbreitet werden, sollen geprüft werden.
Am 29. November hat eine vom Verband einberufene
Eisenbahnerversammlung unbeanstandet und mit gutem Ver-
laufe stattgefunden.

Das freie Spiel der Kräfte und die Staatsgewalt.
Der bekannte Wirtschaftspolitiker Richard Calwer hat
kürzlich den Standpunkt vertreten, daß durch die staatliche
Festsetzung von Höchstpreisen die Produktion eher gehemmt
als gefördert werde. Er trat offen für eine ungehinderte
Preisentwicklung ein, und wies dem Staate die Aufgabe zu,
den unbemitteltesten Volksgenossen den Bezug der not-
wendigsten Nahrungsmittel durch staatliche Zuschüsse zu er-
leichtern. Infolge scharfer Angriffe auf diese Theorie sucht
nun Calwer in seiner „Arbeitsmarktpolitik“ seinen
Standpunkt durch folgende Darlegungen zu rechtfertigen:
„Bei der Erörterung der Richtlinien für unsere gegen-
wärtige Wirtschaftspolitik hört man auch wieder häufig
das Schlagwort vom freien Spiele der Kräfte. Es führt
zu einer ganz falschen Vorstellung des Tauschverkehrs,
wenn man ihn sich unter dem Bilde des freien Spiels der
Kräfte vorstellt. Dieser Verkehr ist weder ein Spiel, noch
ist dieses Spiel frei, vielmehr ist er ein Kampf und durch-
aus kein freier. Das Wirtschaften der Menschen ist ein
Kampf, der einmal gegen die Natur mit Ausnahme der
Menschen geführt wird, in zweiter Linie aber auch gegen
den Mitmenschen geführt wird und geführt werden muß.
Die Menschen müssen bis zu einem gewissen Grade ge-
meinam, mit vereinten Kräften tätig sein, um die Boden-
schätze, den Ertrag von Grund und Boden, die Produkte
der Viehzucht, die Güter der Weiterverarbeitung usw.
überhaupt oder doch in dem notwendigen Ausmaße zu ge-
winnen; aber sie treten sich sofort als Gegner gegenüber,
sobald es sich um die Verteilung dieser Güter handelt. Daß
dieser Kampf unter sehr ungleichmäßigen Voraussetzungen
erfolgt, daß deswegen die schwachen Kräfte sich zusammen-
schließen müssen, um bei diesem Kampfe ebenfalls vor-
wärts zu kommen, das ist schon ein Beweis, daß von
einem freien Spiele der Kräfte nicht die Rede sein kann.
Freilich ist nun, ob es eine Macht gibt, die in den Tausch-
kampf, wie er sich bis vor dem Krieg entwickelt hat, ein-
greifen und ihn einigermaßen meistern kann. Da sagt
man allerdings heute: Allerdings, der Staat ist diese Macht,
der Staat kann auch dem wirtschaftlichen Tauschkampf
Regeln vorschreiben. Daß er Bestimmungen erlassen kann,
das ist natürlich nicht zu bestreiten, freilich ist nur, wie
weil die Wirkung dieser Bestimmungen sich erstreckt. Und
das wird man nur dann zu beurteilen vermögen, wenn
man das Wesen der staatlichen Organisation nicht ver-
kennt. Sie ist kein in der Luft hängendes Gebilde, son-
dern in ihr wirken sich die Kräfte der hinter ihm stehenden
Privatwirtschaften aus. In der Organisationsleistung drückt
sich die Resultante der auf sie wirkenden Kräfte der Privat-
wirtschaften aus. Und dadurch wird auch die Wirtschaft-
spolitik der staatlichen Organisation bestimmt. Man sieht
aus solcher Erwägung, wie grundlegend und überragend
(Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsbild bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 143 — Leipzig, den 11. Dezember 1915

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Die Macht der Privatwirtschaften in ihrer Gesamtheit gegenüber der staatlichen Organisation gerade auf dem Gebiete des Lauschkampfes ist. Man kann daraus die Grenzen bestimmen, die dem Vermögen der staatlichen Organisation und ihrer Wirtschaftspolitik gezogen sind. Die Organisation vermag zweifellos die Kräfte der Privatwirtschaften bis zu einem gewissen Grad auf ein bestimmtes Ziel hin zu konzentrieren und dieses Ziel zu erreichen, wenn dadurch das Interesse aller Privatwirtschaften oder doch das einer überwiegenden Mehrheit gefördert wird. Aber die staatliche Organisation vermag nicht in der Interessenphäre der Privatwirtschaften in einer Weise einzugreifen, durch die die Regeln, nach denen die Privatwirtschaften ihren gegenseitigen und gemeinsamen Kampf ums Dasein führen, außer Kraft gesetzt werden sollen. Sie kann eine aus dem Kampf erwachsene neue Regel anerkennen, ihr zum Durchbruch verhelfen, aber sie kann neue Regeln nicht willkürlich schaffen. Denn sucht sie den Kampf dadurch zu beeinflussen, daß sie den Lauschkampf einseitig, so läuft sie Gefahr, den Kampf gegen die Natur abzuschwächen, d. h. die wirtschaftliche Betätigung zu lähmen, was ein Nachlassen der Erzeugung zur Folge haben muß. Von einem freien Lauschkampfe kann man also nur reden, sofern man staatliche Eingriffe zurückweist, nicht weil sie unerwünscht wären, sondern weil sie bei der heutigen Entwicklung noch unzulänglich bleiben müßten. An und für sich ist der Lauschkampf ganz und gar nicht frei, sondern durch das nun einmal bestehende und nicht von heute auf morgen zu beseitigende Kräfteverhältnis der im Wirtschaftskampfe stehenden Lauschkampfbeteiligten bestimmt. Der ganze Ernst des wirtschaftlichen Kampfes, den die Privatwirtschaften, die Unternehmungen, die freien und die Zwangsorganisationen gegeneinander und miteinander führen, wird völlig verwickelt, wenn wir von einem freien Spiele der Kräfte reden. Diesen Ausführungen kann man zum größten Teil zustimmen, da sie die tatsächlichen Grundlagen unserer „bedrückten“ Wirtschaftsordnung ziemlich deutlich bloßlegen. Nur sind wir der Meinung, daß eben in der Kriegszeit zur allgemeinen Wehrpflicht auch die allgemeine Arbeitspflicht und damit die Pflicht zur Produktion der notwendigsten Lebensmittel gehört. So auf der Soldat draußen im Felde sein höchstes einsehen muß in Interesse seines Vaterlandes, ohne danach zu fragen, welcher Lohn ihm dafür zuzufallen werde, so müssen auch alle andern erwachsenen Volksgenossen die Pflicht anerkennen und erfüllen, die Widerstandsfähigkeit des ganzen Volkes durch ihre Arbeitskraft zu unterstützen. Die Arbeiterklasse, die seit Kriegsbeginn unter den drückendsten Steuerungsverhältnissen gegen einen relativ stark entwerteten Lohn arbeitet, erfüllt diese Pflicht ohne weiteres; nicht aber jene, die trotz der stark gestiegenen Preise in der Produktion passiven Widerstand leisten, weil sie infolge der Höchstpreise keine Aussicht mehr haben, ihr sich auf Kosten der großen Wehrheile des Volkes in der schwersten Zeit alle Salzen, Äpfel, Schränke und Geldbeutel vollstopfen zu können. Von Rechts wegen sollte diese Sorte von Menschen zur verstärkten Produktion durch den Staat gezwungen werden. Da es aber faktisch so ist, daß die Privatwirtschaften auch den Staat und damit die Staatsgewalt immer noch soweit beherrschen, daß diese ihnen nicht allzu unbequem werden kann, so zeigt sich in diesen Verhältnissen nur die größte Unzulänglichkeit und Unvernünftigkeit der heutigen privatkapitalistischen Produktion.

Die Erhöhung der Ernährungskosten. Nach den „Monatlichen Übersichten über die Lebensmittelpreise“ sind infolge des starken Steigens der Preise für Zucker und Schweinefleisch im Oktober d. J. die Kosten für die Ernährung wiederum in die Höhe gegangen, und zwar erheblich empfindlicher als in den Monaten Juni bis September. Auch die Preise für Rind- und Hammelfleisch sind zum Teil gestiegen, ihre Steigerung fällt aber nicht so erheblich ins Gewicht wie die Verteuerung von Zucker und Schweinefleisch. Durch Festsetzung der Höchstpreise hat man zwar die weitere Steigerung der Preise dieser Waren zu verhindern gesucht, aber man hat, wie sich allmählich herausgestellt, damit auch die Zufuhren zu den Absatzgebieten stark beeinträchtigt, wie denn die Höchstpreise fast durchweg in der Weise wirken, daß das Preisniveau im ganzen Marktgebiet alsbald auch dort, wo sie vorher noch niedriger standen, bis zu dem Höchstpreise ganz allgemein hinaufgetrieben wird, das fernerhin aber auch noch das Angebot an Ware sehr schnell zurückgeht, weil die „patriotischen“ Produzenten passive Resistenz üben. Die den diesbezüglichen Berechnungen zugrunde liegende dreifache Marineoldatenration, die zur Ernährung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und zwei Kinder) als ausreichend angenommen wird, sieht sich wie folgt zusammen:

Rindfleisch . . .	2400 g	Kartoffeln . . .	9000 g
Schweinefleisch . . .	2250 g	Brot	15750 g
Hammelfleisch . . .	2400 g	Butter	1365 g
Reis	450 g	Zucker	1020 g
Bohnen	900 g	Salz	318 g
Erbsen	900 g	Kaffee	315 g
Weizenmehl	1500 g	Tea	63 g
Backpflaumen	600 g	Eisig	0,33 l

Die Preise dieser Einheiten stellt das Calwerische statistische Bureau jeden Monat nach ziemlich zuverlässigen und einheitlichen Erhebungen der Kleinhandels- oder Markthallenpreise in etwa 200 deutschen Städten (Groß-, Mittel- und Kleinstädte) fest und ermittelt daraus u. a. den Reichsdurchschnitt. Auf diese Weise wurden für jeden einzelnen Monat in den letzten Jahren folgende Wochensummen als Kostenpreis einer dreifachen Marineoldatenration in Mark und Pfennigen ermittelt:

	1912	1913	1914	1915	Veränderung seit 1912
Januar	24,69	26,01	25,57	29,65	+ 20,1 Proz.
Februar	24,83	25,86	25,29	31,49	+ 26,8 „
März	25,18	25,83	25,08	32,90	+ 30,6 „
April	25,74	25,61	24,96	34,41	+ 33,7 „
Mai	25,52	25,43	24,70	36,49	+ 40,9 „
Juni	25,85	25,35	24,73	37,36	+ 44,5 „
Juli	26,10	25,88	25,12	38,16	+ 45,8 „
August	26,66	25,83	26,41	39,13	+ 46,7 „
September	26,63	25,78	26,14	39,93	+ 49,9 „
Oktober	26,26	25,73	27,09	41,90	+ 59,5 „
November	26,08	25,58	27,86	—	—
Dezember	26,03	25,46	28,72	—	—
Jahresdurchschnitt	25,80	25,69	25,97	36,14	+ 39,7 Proz.

Gegen den gleichen Monat im ersten Kriegsjahr ist eine Steigerung um 54,7 Proz. und gegen die Durchschnittsdifferenz im Januar d. J. eine solche um 37,9 Proz. eingetreten. Es ist also höchste Zeit, daß der Reichstag energische Maßnahmen ergreift.

Albanische Wirtschaft. Wenn die letzten Reste des serbischen Heeres in Albanien Zuflucht suchen, so kommen sie in ein Land, das schon in den letzten Jahren wirtschaftlich arg darniederlag. Die Bevölkerung ist kaum in der Lage, sich selbst zu unterhalten, geschweige denn für einen neuen Zustrom von Menschen den Proviant liefern zu können. Die Berichte der österreichisch-ungarischen Konsularämter geben über die vorjährige milchliche Lage nähere Auskunft und lassen auf die gegenwärtigen Verlegenheiten schließen. Als am 5. September 1914 die Insurgenten in Durazzo einogen, wurde der Verkehr nach dem Landesinnern sofort aufgenommen. Es folgte ein kleiner Aufschwung des Handels. Es war vor allem das Binnenland, das infolge der Erhöhung der Vorräte in mehreren Waren dem Geschäftseifer in Durazzo einen neuen Impuls gab. Besonders Kolonialwaren, Mehl, Zucker, Reis, Spiritus, Petroleum und Eswaren gingen mittels ganz Karawanenartige nach dem Landesinnern. Die Folge hiervon war, daß sich bald ein fühlbarer Mangel an diesen Waren in Durazzo selbst einstellte. Da die Erzeugung der Vorräte infolge mannigfacher Hemmnissen, wie Unregelmäßigkeit des Schiffsahrtsdienstes, Ausfuhrverbot von Lebensmitteln usw., sich immer schwieriger gestaltete, gingen die Preise dieser Waren gewaltig in die Höhe. Die Steuerung nahm stetig zu. Als dann gegen Ende 1914 ein neuer Aufstand gegen die provisorische Regierung von Durazzo ausbrach, und als die Stadt neuerdings vom Hinterland abgeperrt wurde, hörte fast jede geschäftliche Tätigkeit auf. Die Landwirtschaft wurde durch die politischen Unruhen stark in Mitleidenschaft gezogen, da die Ausständischen, zumest Landwirte und Pächter, Monate lang, und zwar in der wichtigsten Erntearbeitsperiode und in der Erntegeldzeit, unter Waffen standen und somit die Bestellung ihrer Felder und die Einbringung der Ernte arg vernachlässigten. In Skutari war die Lage infolge etwas besser, als die Felder bestellt wurden und auch die Ernte 1914 befriedigend ausfiel. Trotzdem gingen schon Ende 1914 die Preise für Körnerfrüchte auf eine bedeutende Höhe. Die außergewöhnliche Preissteigerung erklärte sich daraus, daß sich einerseits der Mangel von Skutari infolge des starken Zugangs von Flüchtlingen aus den verschiedenen Teilen Albaniens und aus Neulerbien vergrößerte, und andererseits besonders nach dem Ausbrüche des Weltkriegs ein großer Export von Getreide nach Montenegro stattfand. Da nun infolge des Erlasses von Ausfuhrverboten durch kriegsläufige und neutrale Staaten in der zweiten Hälfte des Jahres 1914 neue Mengen dem Markte nur sehr unzureichend zugeführt werden konnten, begannen die Vorräte knapp zu werden, wodurch die Preise rapid in die Höhe schossen. Die ärmere Bevölkerung geriet in elende milchliche Lage. Es wurden zwar von der Handelskammer in Skutari Preise für die wichtigsten Lebensmittel festgesetzt, doch wurden diese nicht eingehalten. Auch die wirtschaftliche Lage von Balona wurde durch die unsichere Lage und die Absperrung vom Hinterlande sehr stark beeinträchtigt. Die Ernte reichte gerade für den örtlichen Konsum aus. Auch die ergiebige Viehzucht hat unter den politischen Wirren der letzten Jahre sehr stark zu leiden gehabt, so daß in manchen Gegenden nur sehr geringe Viehbestände vorhanden sind. Was die Einkuhr betrifft, so hat besonders die von Mehl sehr stark gelitten. Der größte Teil des benötigten Mehles kommt aus Italien. Daß für die Verteilung Albaniens die jetzigen Verhältnisse im adriatischen Meere günstiger sein sollten, ist nicht anzunehmen, vielmehr haben die Schwierigkeiten noch zugenommen. Selbst wenn auch die Ernte 1915 glücklicher ausgefallen sein sollte, so

ist der Ausfall von 1914 doch noch nicht überwunden, besonders, wenn man erwägt, daß Montenegro fortgesetzt sehr starke Aufkäufe von Lebensmitteln in Albanien zu machen wußte.

Versehene Eingänge.

„Archiv für Buchgewerbe.“ Begründet von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. Doppelheft 9/10. Jahrgang 1915. 52. Band. Jährlich zwölf Hefte zum Preise von 12 Mk.; Einzelheft 1,50 Mk., Preis dieses Heftes 3 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Holzstraße 1.

„Mitteilungen der Buchdruckerfachschule München.“ Nr. 7/8. Cister Jahrgang. Die „Mitteilungen“ erscheinen am 20. jeden Monats mit Schülerarbeiten als Beilage und werden an die Schüler unentgeltlich abgegeben; sie können aber auch von der Geschäftsstelle München, Goethestraße 12 I, zum Preise von jährlich 2,50 Mk., mit Porto 3,50 Mk., einzelne Nummern für 40 Pf., bezogen werden.

„Gutenberg-Gesellschaft.“ Dreizehnter und vierzehnter Jahresbericht. Mit einer Beilage: „Giambattista Bodonis Spinnenkunst“ von Hermann Falk.

„Feld- und Kriegszetungen.“ „Deutsche Wochenschrift“ Nr. 91—113. — „Anzeiger für Krimo“ Nr. 86 und 92. — „Das Rote Kreuz“ (Brüssel) Nr. 25 bis 27. — „Champanne-Kriegszetung“ Nr. 71 und 72. — „Im Schützengraben“ Nr. 12 und 13. — „Kriegszetung der 4. Armee“ Nr. 93—99. — „Aller Kriegszetung“ Nr. 33—41 (Zweites Kriegsjahr). — „Kriegszetung „Ehaha“ von der Firma Adler & Kriehle in Hannover.

Gestorben.

In Apolda am 25. November der Seher Franz Laue, 55 Jahre alt.

In Bielefeld der Schweizerdegen Martin Brenke aus Lippstadt, 52 Jahre alt; der Maschinenfeher Waldemar Leweke von dort, 27 Jahre alt.

In Bremen am 30. November der Seher Ernst Heinze aus Uinda (S.-M.), 53 Jahre alt.

In Breslau am 2. Dezember der Seherinvalide Max Hoffmann von dort, 37 Jahre alt. — Seherinweihung: In Hamburg der Seherinvalide Emil Käke.

In Wien am 27. November der Seher Karl Steberl, 26 Jahre alt. — Auf dem Felde der Ehre gefallen: Joseph Alerand (Dr.); Karl Sahler (S.); Karl Rigel (S.); Julius Nierka (S.); Joseph Hödl (Dr.); Stephan Pachole (S.); Wenzel Palata (S.); Walter Ulrich (S.); Karl Lebecka (S.); F. Lindner (Dr.); August Erbschnjak (S.-M.); Alfred Reiner (S.); Otto Dietrich (S.); Otto Kirchner (S.); Joseph Wirt (S.); Hermann Klotke (S.); August Svoboda; Franz Sareck (S.).

In Winnen den am 25. November der Seher Johannes Stoll aus Kapensburg, 33 Jahre alt — Lungenleiden.

Briefkasten.

N. R. in C. Erst im letzten Augenblick eingegangen, werden uns noch dazu äußern. — F. W. in Schw.: Bestätigen Eingang; wird mit andern erwähnt werden. — G. K. in St.: 1. Alles hat seinen Weg gefunden. Vielen Dank für gelegtes Interesse; Rückmeldung wird nicht lange auf sich warten lassen. 2. Von Mitteilungen Kenntnis genommen. — E. F. in W.: Ist die Übermittlung der Zahlen nicht zu beschleunigen? Es muß gedruckt werden. — J. St. in Nürnberg: 2,15 Mk. — R. U. in Delmenhorst: 2,30 Mk. — S. R. in Bremen: 6,80 Mk. — G. S. M. in D.: 3,95 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 5 II.
Vernspracher: Almt Kurfürst, Nr. 1191.

Behandlung.

Wir machen die Herren Kaffierer nochmals darauf aufmerksam, daß das 4. Quartal mit dem 1. Januar 1916 abschließt.

Der Verbandsvorstand,

Adressenveränderungen.

Delmenhorst. Alle Zuschriften sind zu richten an den Kollegen Karl Ahlmann, Dübberger Straße 5, Gersbach (Sa.). Bis auf weiteres hat Kollege Paul Schwarzer, Hauptstraße 534, die Geschäfte des Vorstehenden übernommen.

Veranstaltungskalender.

Magdeburg, Versammlung morgen Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Reichshalle, Gasthofstraße 42. Potsdam, Generalversammlung heute Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Handseker und Maschinenmeister

Sucht für sofort in dauernde Stellung

[990]

E. Gundlach u. G., Bielefeld.

Maschinenmeister und Schriftseker

finden Stellung und wollen sich mit Gehaltsforderung melden bei

[18]

H. S. Hermann, Berlin SW 19, Beußstraße 8.

Tüchtige Maschinenmeister

finden bei uns hochbezahlte Stellung.

[988]

Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Tüchtige Maschinenmeister

Sucht

Spamerische Buchdruckerei, Leipzig. [985]

Buchdruckmaschinenmeister

für Ein- und Zweifarbenmaschinen gesucht. Angebote von (möglichst militärfreien) Bewerbern an

[13]

Bielecke & Devrient, Leipzig, Nürnberger Straße 12.

Tüchtiger Maschinenmeister

und einige Werkseker finden sofort bei uns Stellung.

[11]

Pierersche Buchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Tüchtige Maschinenmeister

(auch erster) an Zweifour- und einfache Maschine zu baldigem Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Genaue Angebote an

[35]

Kunstanstalt E. Herzog, Mainz.

Seker für Zeitungstab

gesucht. (Lohn: Tarif mit Kriegsfeuerungszuschlag.)

W. Reypjohn, Grünberg (Schl.).

Tüchtiger Seker oder Schweizerdegen

gesucht. Denselben ist Gelegenheit geboten, sich an der Sehmachine auszubilden.

„Landpost“-Verlag, Walzingen-Grz.

Seker gesucht!

Lohn über Tarif. Fahrgeüldvergütung nach Antritt.

Korn & Salsom, Grevesmühlen (Meckl.).

Seker oder Schweizerdegen

durchaus selbständig, auch Kriegsbeschädigten, sucht zum 2. Januar

H. Dietrich, Düren (Rheinl.).

Einige tüchtige Tabellenseker

finden dauernde Beschäftigung in der

Strahburger Druckerei und Verlagsanstalt, Strahburg (Waltz), Sudengasse 15.

Ukzidenzseker

in Dauerstellung gesucht. Offerten mit Angabe der Lohnforderung an

August Bagel, Düsseldorf.

Ukzidenzseker

gesucht von

Eugen Schorch, Offen (Ruh.).

Ein Linothpeseker

für neue „Ideal“ in dauernde Stellung gesucht.

Oberhardische Hof- und Katsbuchdruckerei, Wismar a. d. Dltsee.

Rotationsmaschinenmeister

der zugleich das Stereotypieren mit besorgen kann, für sofort gesucht. Angebote unter Nr. 25 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger

Maschinenmeister

militärfrei, zum sofortigen Eintritt gesucht. Gest. Angebote mit Angabe des Alters und der Lohnansprüche an

H. A. Selter, Dessau.

Maschinenmeister

tüchtig in seinem Ukzidenzdruck, für Siegeldruckpressen in dauernde Stellung gesucht.

Karl Schlicher & Schill, Düren (Rheinl.).

Gewandler

Maschinenmeister

wirklich tüchtige Kraft (eventuell Kriegsinvalid), in Ukzidenz- und Farbendruck erfahren, wird bei guter Bezahlung zu sofort in Dauerstellung gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an die

Buchdruckerei Typo-It, Innsbruck, erbeten. [6]

Galvanoplastiker

im Prägen und Abdrucken gelübt, gesucht. Angebote von (möglichst militärfreien) Bewerbern an

Bielecke & Devrient, Leipzig, Nürnberger Straße 12.



Zeitzahlung.

Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldseker, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländischer Schmuck.

Kataloge gratis und franko liefern
Sonab & Co., Berlin A. 407,
Velle-Alliance-Str. 7/10.

Wtlen und Binzeffen, Werkzeuge für Tonbluten empfiehlt H. Siegl, München 7.

Für die uns dargebrachten Gratifikationen, insbesondere auch die aus dem Felde, anlässlich unseres 50-jährigen Berufsjubiläums sagen

herzlichen, innigen Dank!

Nürnberg, 5. Dezember 1915.
Sans Rang, Julius Diegel,
Joh. Stumpner.

Am 4. Dezember verschied nach langen Leiden unser lieber Kollege und Mitbegleiter des hiesigen Ortsvereins, Seherinvalid

Karl Wahl

im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes Gedächtnis wird ihm stets bewahrt.

Der Ortsverein Schramberg (Württb.).

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 2. Dezember in Bunzlau unser liebes Mitglied und Gangesbrüder, der Seherinvalid

Mag Hoffmann

im Alter von 37 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt
Breslau, 7. Dezember 1915.
Verein „Gutenberg“.

Infolge eines Unglücksfalles verstarb am 30. November plötzlich unser lieber Kollege, der Seher

Ernst Heinze

aus Linda (S.-M.), im Alter von 53 Jahren. Wir werden dem so früh aus dem Leben geschiedenen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.
Bremer Buchdruckerverein.

Durch den schweren Weltkrieg haben wir wieder den Tod eines braven Kollegen zu beklagen. Auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz fiel der Seher

Franz Feuerbach

aus Oberwiltzbad, im Alter von 20 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt
Der Bezirksverein Siehen. Der Ortsverein Friedberg-Bad Nauheim-Bugbach.

Nach Erkrankung im Schützengraben verschied am 26. November nach dreitägigem Kranksein an Lungenentzündung im Feldlazarett zu Marca unser lieber Kollege, der Maschinenseker

Bernhard Hener

aus Essen, im Alter von 23 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Eberfeld.

Wiederum hat der Weltkrieg ein Opfer aus unser Mitte gefordert. In der Champagne fiel am 28. September unser lieber Kollege, der Seher

Adolf Fischer

aus Nordhausen, im 34. Lebensjahre. Seiner werden stets ehrend gedenken
Die Kollegen der Firma W. Bobach & Sio., Leipzig.

Wir beklagen schon wieder den Tod eines unser besten und treuesten Gangesbrüder, des Seher

Adolf Fischer

der am 28. September ein Opfer der letzten Champagneschlacht geworden ist. Er ist erhalten wie die Trauerkunde von seinem Selbentode.

Mit ihm ist uns ein lieber Freund und Kollege von edlen Charaktereigenschaften dahingegangen, dem wir allseitig ein ehrendes Andenken bewahren werden.
Leipzig, den 8. Dezember 1915.
„Gutenberg“, Gefangenen-
Leipziger Buchdrucker und Schriftseker.

Wiederum haben wir den Tod von vier Kollegen zu beklagen, die Opfer des Weltkriegs wurden, womit die Gesamtzahl auf 24 angewachsen ist:

Erich Fischer

Seher, geboren in Mnslowitz, gefallen im Osten im Alter von 30 Jahren;

Karl Krieger

Drucker, geboren in Bremen, gefallen im Westen im Alter von 29 Jahren;

Hermann Janke

Seher, geboren in Bremen, gefallen im Westen im Alter von 21 Jahren;

Heinrich Demuth

geboren in Delmenhorst, gefallen im Westen im Alter von 29 Jahren.

Allen vier braven Kollegen ist ein dauerndes Gedächtnis gesichert vom Bremer Buchdruckerverein.

Erst jetzt wurde uns die traurige Gewissheit, daß unser lieber Kollege und Vorsitzender des Ortsvereins, der Drucker

Hermann Schierbaum

im Alter von 34 Jahren auf dem östlichen Kriegsschauplatz im August d. J. den Heldenod gefunden hat.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Delmenhorst.

Auf dem Kriegsschauplatz in Russland fand am 5. Februar durch Kopfschuß den Heldenod unser werkes Mitglied, der Schweizerdegen

Gustav Wordel

aus Pr.-Friedland (Westpr.), im Alter von 22 Jahren.
Auch jetzt ging uns die Nachricht zu, daß am 30. November auch in Frankreich ein lieber Kollege, der Maschinenseker

Mag Gogolin

aus Briesen (Westpr.), im Alter von 28 Jahren im Kampf für das Vaterland gefallen ist. Er war lange Zeit Vertrauensmann in Briesen.
Seider Kollegen wird stets ehrend gedenken
Der Vorstand des Ganes Westpreußen.

In dem nicht endenwollenden Krieg erlitt als zwanzigstes Opfer aus unserm Bezirk den Tod auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser lieber Kollege, der Seher

Paul Rudloff

aus Gotha, im 25. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Altenburg.

Als weiteres Opfer des Weltkriegs fiel unser lieber Kollege, der Drucker

Richard Dille

am 12. September auf dem westlichen Kriegsschauplatz.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Halle a. S.

Unser treues Mitglied, der Seher

Wilhelm Kuffe

aus Kücklin, 30 Jahre alt, erlag in einem Feldlazarett seiner auf dem westlichen Kriegsschauplatz erlittenen schweren Verwundung.
Wir werden diesem braven Kollegen allseitig ein ehrendes Andenken bewahren.
Bezirksverein Mannheim.

Den Heldenod für das Vaterland fand am 7. Juni auf dem westlichen Kriegsschauplatz bei einem Angriff der Franzosen mein lieber, guter Bruder, der Maschinenmeister

Fritz Bülkel

Unteroffizier in einem badischen Regiment, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse im Alter von 25 Jahren.
Bis zu seinem Eintritt in das aktive Seer, im Oktober 1912, war er Mitglied des Ortsvereins Mannheim.

Im Felde, 3. Dezember 1915.
Karl Bülkel, Schriftseker, Gefreiter der Landw., 2. Komp., Gren.-Reg. Nr. 10, 6. Armee-Korps, 11. Division.

Wir verloren durch den Krieg unsere lieben Kollegen, den Drucker

Ernst Thormeyer

5. Gren.-Reg.
geboren am 30. März 1892 in Berlin, und den Seher

Wilhelm Lamprecht

Garde-Füßler-Reg.
geboren am 30. Juni 1891 in Berlin, aus unserm Reihen.

Auch diesen beiden Bräuden werden wir für alle Zeit ein ehrendes Gedächtnis bewahren.
Die Kollegen der Reichsdruckerei, Berlin.